

BRANDENBURGISCHE GESCHICHTE  
IN EINZELDARSTELLUNGEN

BAND 7

Michael C. Bienert und Hermann Wentker (Hrsg.)

---

# Land zwischen den Zeiten

Brandenburg in der SBZ und frühen DDR (1945–1952)



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

# Inhaltsverzeichnis

*Hermann Wentker*

Zwischen Eigenständigkeit und Auflösung

Brandenburg in den Jahren 1945 bis 1952..... 9

*Matthias Helle*

Kriegsende und Neuanfang..... 47

*Sven Schultze*

Die sowjetische Besatzungsmacht in Brandenburg, 1945 bis 1953..... 93

*Michael C. Bienert*

Staatliche Verwaltung und politische Parteien..... 141

*Andreas Weigelt*

Entnazifizierung, Polizei und Geheimdienste im Land Brandenburg, 1945 bis 1952... 251

*Sven Schultze*

Abbruch, Aufbruch, Umbruch

Eine Wirtschaftsgeschichte des Landes Brandenburg, 1945 bis 1952..... 363

*Arnd Bauerkämper*

Gesellschaft und Kultur Brandenburgs im Wandel..... 477

Abkürzungsverzeichnis..... 553

Abbildungsverzeichnis..... 559

Quellen und Literatur in Auswahl..... 563

Ortsregister..... 581

Personenregister..... 585

Die Autoren und Herausgeber..... 589

# Zwischen Eigenständigkeit und Auflösung Brandenburg in den Jahren 1945 bis 1952

## 1. Land zwischen zwei Diktaturen

Brandenburg war seit dem 18. Jahrhundert eine Provinz, die kaum aus dem Windschatten des preußischen Staates heraustrat. Sie interessierte vor allem als Kernland Preußens, von dem aus der Aufstieg der Hohenzollern erfolgte, die, so die dominierende historische Meistererzählung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, ihre Machtstellung zunächst in der Mark und danach in dem Territorialstaat Preußen konsolidierten und erweiterten, bis schließlich auf dieser Grundlage das Deutsche Reich von 1871 ins Leben treten konnte. Vom kargen, kleinen Brandenburg hatten sich die Hohenzollern in Erfüllung ihrer „deutschen Mission“ weit entfernt.<sup>1</sup> Der preußische Staat überdauerte das Ende der Monarchie als Freistaat Preußen und blieb auch im Nationalsozialismus pro forma bestehen, obgleich die Strukturen des Landes durch die ‚Verreichlichung‘ der Verwaltung immer mehr ausgehöhlt wurden.

1945 richtete sich der Fokus erstmals seit den Tagen des Großen Kurfürsten wieder auf die Mark Brandenburg. Hintergrund dieses Perspektivenwechsels bildete die Entscheidung der sowjetischen Siegermacht, in ihrer Besatzungszone aus pragmatischen Gründen auf die vor 1933 existierenden Länder und (preußischen) Provinzen als Verwaltungseinheiten zurückzugreifen – eine Entscheidung, die mit Befehl Nr. 5 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 9. Juli sichtbar wird. Denn damit wurde angeordnet, „[z]wecks Verwaltung der Provinzen und föderalen Länder und Sicherung der Kontrolle über die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane“ dort Dienststellen der sowjetischen Militärverwaltung einzurichten.<sup>2</sup> Damit wurde die Provinz Mark Brandenburg, wenn auch gegenüber dem Vorkriegsstand um die östlich der Oder liegende Neumark verkleinert, wieder als eigenständige Einheit wahrgenommen. Nach der formalen Auflösung Preußens durch Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947 erfolgte schließlich die Umbenennung der Provinz in ‚Land Mark Brandenburg‘ mit SMAD-Befehl Nr. 180 vom 21. Juli 1947.<sup>3</sup> Dem Land war freilich nur eine kurze Geschichte beschieden, da es 1952 zusammen mit den anderen Ländern in der DDR wieder aufgelöst wurde. Jedoch konnte bei der Neugründung der Länder im Zuge der Wiedervereinigung im Jahre 1990 unter Anknüpfung an die Jahre relativer Eigenständigkeit zwischen 1945 und 1952 auch das Land Brandenburg von Neuem entstehen.

1 Peter-Michael Hahn, *Geschichte Brandenburgs*, München 2009, S. 9.

2 Abgedr. in: Jan Foitzik (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 19)*, Berlin/München/Boston 2015, S. 435 f.

3 Vgl. den Beitrag von Michael C. Bienert in diesem Band, S. 196.

In den Jahren 1945 bis 1952 machte Brandenburg – wie die ganze Sowjetische Besatzungszone (SBZ) – eine äußerst turbulente Entwicklung durch. Am Anfang standen, nach einem von Deutschland mutwillig vom Zaun gebrochenen, äußerst gewaltsam geführten Weltkrieg, eine Niederlage und ein Zusammenbruch, wie ihn die Deutschen seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht erlebt hatten. Damit einher ging die Befreiung vom Nationalsozialismus. Beides zusammen ergab aus der Perspektive der Deutschen eine besondere Mischung, die Theodor Heuß vier Jahre später so auf den Punkt brachte: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“<sup>4</sup> In Brandenburg wie in Deutschland insgesamt ging es nach 1945 zunächst um die ‚Bewältigung‘ der NS-Diktatur und der Folgen des verlorenen Krieges. Für die Ausrichtung des bald danach einsetzenden Wiederaufbaus waren die besonderen Rahmenbedingungen in der SBZ entscheidend, insbesondere die Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht, die schon frühzeitig mit der Bodenreform und den Enteignungen in der Industrie klare sozioökonomische Weichenstellungen vornahm und die deutschen Kommunisten protegierte. Die Jahre 1945 bis 1952 markieren in Brandenburg einen Zeitraum zwischen dem von außen erzwungenen Untergang des Nationalsozialismus und der Errichtung einer neuen Diktatur. Diese Zeit zwischen zwei Diktaturen war von einer eigentümlichen Ambivalenz geprägt. Anders als manche nachträgliche Deutungen behaupten, handelte es sich nicht um eine „demokratische Vorgeschichte der DDR“<sup>5</sup>; aber die SBZ war genauso wenig von Anfang an eine Diktatur. Dazu gab es zu viele demokratische Elemente und Versuche, in verschiedenster Hinsicht an die Zeit vor 1933 anzuknüpfen. Gleichzeitig war diese Phase der Geschichte von einer tiefgreifenden Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geprägt, die in eine Diktatur sowjetischer Prägung mit einer zentral gelenkten Wirtschaft mündete.

Bei Brandenburg handelte es sich einerseits um ein Land wie andere Länder in der SBZ, die vor ähnlichen Problemen standen und ähnliche Prozesse durchliefen. Brandenburg als historisch gewachsene Region ist folglich als *pars pro toto* zu betrachten, in dem es gilt, das Allgemeine im Besonderen zu finden. Andererseits war es ein Land mit eigentümlichen Spezifika, von denen drei besonders ins Gewicht fallen. Da die Regierung der ehemaligen preußischen Provinz der Regierung des Freistaats Preußen in Berlin unterstellt gewesen war, fehlte, erstens, 1945 eine zentrale Administration. Zweitens hatte Brandenburg mit der östlich der Oder gelegenen Neumark, die unter polnische Verwaltung gestellt wurde, erhebliche Gebiets- und Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. Am wichtigsten war aber, drittens, dass Berlin mitten in Brandenburg lag. Der ehemalige Zentralort der Mark Brandenburg wurde zur Viersektorenstadt, in der auch die Westmächte präsent waren. Die beginnende Systemkonkurrenz entfaltete ihre Wirkungen daher nicht nur zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt, sondern auch zwischen den Berliner Westsektoren und dem brandenburgischen Umland.

4 Theodor Heuss, Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 86.

5 Vgl. Hermann Weber, Gab es eine demokratische Vorgeschichte der DDR? in: Gewerkschaftliche Monatshefte 43 (1992), S. 272–280.

## 2. Der Krieg und seine unmittelbaren Folgen

Die Provinz Brandenburg war in den 1930er Jahren eine vornehmlich agrarisch geprägte Region mit einer Reihe industrieller Zentren. Die Ansiedlung metallverarbeitender Betriebe, insbesondere im Rüstungssektor, stärkte die brandenburgische Industrie erheblich, auch in den Mittelstädten im ländlichen Raum. Gleichzeitig behielt die Landwirtschaft in der Region ihre Hauptfunktion, nicht nur die Einwohner der Provinz, sondern auch die Reichshauptstadt mit Lebensmitteln zu versorgen. Der Arbeitskräftemangel während des Krieges wurde durch den Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen ausgeglichen – seit 1936 beziehungsweise 1939 existierten in Brandenburg das KZ Sachsenhausen und das KZ Ravensbrück.<sup>6</sup>

Der Bombenkrieg berührte Brandenburg zunächst nur in der näheren Umgebung von Berlin; erst seit März 1944 kam es zu gezielten Luftangriffen auf brandenburgische Städte. Daher fanden Großstädter aus Berlin, Hamburg und dem Rheinland hier eine relativ sichere Zuflucht, was bereits vor 1945 zu einem Bevölkerungswachstum beitrug. Seit Anfang 1945 erhöhte sich nicht nur die Zahl der Luftangriffe auf Berlin, sondern auch auf das Umland; überdies wurden Cottbus, Zossen und Wünsdorf, Oranienburg, die Stadt Brandenburg an der Havel und Potsdam zwischen Februar und April Ziele heftiger Bombardements.<sup>7</sup> Trotz der erheblichen Zerstörungen durch den Luftkrieg waren es seit dem Überschreiten der Grenze zur Neumark Ende Januar 1945 die auf die Einnahme Berlins konzentrierten sowjetischen Kampfhandlungen, die zur größten Anzahl an Toten und zu massiven Verheerungen in Brandenburg führten. Die Einnahme von Küstrin (Kostrzyn nad Odrą), die Schlacht um die Seelower Höhen und die Kämpfe um den Kessel von Halbe waren Höhepunkte dieser in den letzten Kriegsmonaten besonders verlustreichen Gefechte, die sich in Brandenburg noch bis zur Einnahme von Rathenow am 6. Mai hinzogen.<sup>8</sup> Die massiven Kriegsschäden in Brandenburg entlang der Kampfschneisen waren auf Berlin als das strategische Ziel der sowjetischen Streitkräfte und die erbitterten Abwehrkämpfe zur Verteidigung und zum versuchten Entsatz Berlins zurückzuführen: Hatte die Provinz zuvor von der Nähe zur Hauptstadt profitiert, zahlte sie nun dafür einen hohen Preis. Die Infrastruktur war im Kampfgebiet zerstört; viele Orte waren voneinander abgeschnitten und auf sich selbst zurückgeworfen. Aufgrund von sowjetischen Demontagen, insbesondere die des berühmten ‚zweiten Gleises‘, blieben Kommunikationswege dauerhaft beeinträchtigt.

Die Gesellschaft war vor und nach Beendigung der Kampfhandlungen in Bewegung – das Kriegsende bildete hier keine wirkliche Zäsur. Deutsche und sowjetische Soldaten strömten durch das Land; Menschen flohen vor den Kampfhandlungen; Zwangsarbeiter versuchten, in ihre Heimat zu gelangen; KZ-Häftlinge wurden gezwungen, die Lager zu verlassen, und in

6 Vgl. Hahn, *Geschichte Brandenburgs*, S. 96 f.

7 Vgl. Olaf Groehler, *Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten*, in: Werner Stang (Hrsg.) unter Mitarbeit von Kurt Arlt, *Brandenburg im Jahr 1945. Studien*, Potsdam 1995, S. 9–37.

8 Vgl. den Beitrag von Matthias Helle in diesem Band, S. 47–53.



Abb. 1: Küstrin nach der Einnahme durch die Rote Armee, 23. April 1945.

Todesmärschen durch das Land getrieben; aus den Ostgebieten, insbesondere aus der nahe gelegenen Neumark, ergoss sich die erste Welle ‚wild‘ vertriebener Flüchtlinge nach Brandenburg. 14 bis 16 Millionen Menschen hielten sich zeitweilig im April/Mai in dem von der Roten Armee westlich der Oder besetzten Raum auf.<sup>9</sup> Auch dauerhaft änderten sich die demographischen Verhältnisse in Brandenburg: Trotz erheblicher Kriegsverluste stieg die Zahl der Brandenburger von 2,3 Millionen im Jahre 1939 auf knapp über 2,5 Millionen im Oktober 1946, und die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen hielt weiter an. Kriegsbedingt bestand 1946 ein erheblicher Frauenüberschuss, der bis 1949 langsam abnahm; überdies war die Gesellschaft aufgrund der abwesenden oder gefallenen Soldaten tendenziell überaltert.<sup>10</sup>

Die Ankunft der geflohenen und zwangsumgesiedelten Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße stellte die Kommunen vor zusätzliche Probleme: Da überall Wohnraum und Nahrungsmittel knapp waren, weigerten sich viele Städte und Gemeinden, die Heimatlosen aufzunehmen. Die Alteingesessenen zeigten meist keine Solidarität, sodass oft die Besatzungsmacht für eine rigorose Umverteilung von Wohnraum sorgte. An dem gespannten Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Zugewanderten änderte dies freilich nichts. Nach der Phase der ‚wild‘en Vertreibungen wurden die Flüchtlinge zunächst in Auffang-

9 Vgl. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion* (Quellen und Darstellungen der Zeitgeschichte, Bd. 44), Berlin 1999, S. 61.

10 Vgl. den Beitrag von Arnd Bauerkämper in diesem Band, S. 483 f.

stellen aufgenommen, um von dort weiter in ländliche Gebiete verteilt zu werden, wo eine bessere Versorgung mit Wohnraum und Nahrungsmitteln als in den zerstörten Städten zu bestehen schien. Die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsdichte in den agrarischen Gebieten Brandenburgs nahmen nun, insbesondere in der dünn besiedelten Prignitz, deutlich zu. Zwar strebten sowohl die sowjetische Militärverwaltung als auch die Umsiedlerverwaltung eine möglichst rasche Integration der Vertriebenen an, jedoch widersetzten sich zahlreiche Flüchtlinge, insbesondere aus der Neumark, diesen Bestrebungen, da sie hofften, in ihre Heimat zurückkehren zu können.<sup>11</sup>

Neben der Wohnraumknappheit war es vor allem der Hunger, der nicht nur in Brandenburg die Menschen plagte. Wie im Krieg wurden Lebensmittel streng rationiert und auf der Grundlage von Karten zugeteilt, die ab Mai 1945 neu ausgegeben und zum 10. Oktober für Brandenburg, zum 1. November für die SBZ nach sowjetischen Vorstellungen vereinheitlicht wurden – ein nach Räumen und Personengruppen hochdifferenziertes Zuteilungssystem.<sup>12</sup> Auch die knappen Rationen wurden oft aufgrund der gesunkenen landwirtschaftlichen Produktion und fehlenden Transportkapazitäten nicht erreicht. Die in den ländlichen Gebieten wohnenden Brandenburger firmierten häufig als ‚Selbstversorger‘ und hatten so entweder gar keinen oder nur einen begrenzten Anspruch auf zugeteilte Lebensmittel. Zwar war die Versorgung auf dem Lande tendenziell besser als in der Stadt; Brandenburg jedoch wurde aufgrund der Kriegsfolgen 1945 von einem Exporteur von Agrarprodukten zu einer Region, die nicht einmal den eigenen Bedarf an Nahrungsmitteln sichern konnte. Dennoch strömten die Städter, insbesondere die Berliner, zu ‚Hamsterfahrten‘ in das Umland, die trotz scharfer Kontrollen nicht unterbunden werden konnten. Infolge des Mangels an Konsumgütern blühte zudem der Schwarzmarkt; Lebensmittel aus Brandenburg wurden in großem Stil nach Berlin verschoben. Die hungernden und frierenden, oft unter unhygienischen Bedingungen lebenden Menschen waren anfällig für Krankheiten aller Art: Ruhr, Typhus und Tuberkulose, aber auch Geschlechtskrankheiten breiteten sich aus. Da das Gesundheitssystem infolge des Krieges weitgehend funktionsunfähig geworden war, erhöhte sich die Sterblichkeit – nicht nur in Brandenburg – erheblich.<sup>13</sup>

Mit der Zurückdrängung der Wehrmacht auf deutsches Gebiet betraten die sowjetischen Truppen den Boden Brandenburgs. Die bei der Besetzung ausgeübte Gewalt schloss sich fast nahtlos an die Gewaltexzesse aller Kriegsparteien gegenüber der Zivilbevölkerung in der Endphase der Kämpfe an. Auch in Brandenburg plünderten und vergewaltigten sowjetische Soldaten. In Furcht vor den anrückenden Truppen begingen zahlreiche Menschen Suizid, um sich deren Zugriff zu entziehen. Gleichwohl ist in einigen, unmittelbar nach dem Geschehen angefertigten Aufzeichnungen auch von sowjetischen Soldaten die Rede, die freundlich, anständig,

11 Vgl. die Beiträge von Matthias Helle und Arnd Bauerkämper in diesem Band, S. 65–70 und S. 483–490.

12 Zu den Details vgl. Rainer Gries, *Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität.* Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 93 f.

13 Vgl. die Beiträge von Matthias Helle, Arnd Bauerkämper und Sven Schultze in diesem Band, S. 63 f., S. 534–536 und S. 378–381.

ja hilfsbereit gewesen seien.<sup>14</sup> Und nicht nur ‚die Russen‘, sondern auch andere plünderten – unter anderem die befreiten Fremdarbeiter, aber auch die Deutschen selbst, die sich das Chaos zunutze machten. Schließlich scheinen sich die Massenvergewaltigungen auf die Tage nach der unmittelbaren Besetzung beschränkt zu haben. Bereits am 10. Mai 1945 hieß es in einem Tagebuch aus Nauen, dass die jungen Frauen ihre Kopftücher abgelegt hätten und wieder „ihre schönen Köpfe“ zeigten: „Das ist ein Zeichen, daß die Furcht vor den Russen wohl aufgehört hat.“<sup>15</sup> Das bedeutete zwar kein Ende der Vergewaltigungen und anderer Übergriffe. Mit dem Aufbau der Kommandanturen verringerte sich aber die Zahl dieser Zwischenfälle, da die Kommandanten für eine strengere Disziplin unter den Besatzungstruppen sorgten. Gleichwohl bewirkten die befürchteten und dann eingetretenen Exzesse, dass das Bild ‚der Russen‘ dauerhaften Schaden nahm und sich eine antisowjetische Grundstimmung breitmachte.<sup>16</sup>

Dazu trug auch die willkürliche Verhaftungspraxis des NKWD bei, der den Truppen folgte. Die Operativgruppen dieser sowjetischen Geheimpolizei ergriffen sowohl nationalsozialistische Funktionsträger als auch vermeintliche Gegner der Besatzungsmacht, darunter zahlreiche Jugendliche, die als ‚Werwölfe‘ galten. Damit verfolgten sie das Ziel, Diversions- und Terrorhandlungen gegen die vorrückenden Truppen zu unterbinden. Bereits östlich von Oder und Neiße hatte der NKWD die verhafteten Personen in spezielle Lager eingewiesen; westlich davon setzte die Geheimpolizei diese Praxis fort. Brandenburg wurde dabei zum ‚Geburtsort‘ der Speziallager in der SBZ. Diese Lager, ein „temporäres Mittel zur Bekämpfung von alten und neuen politischen Gegnern der Besatzungsmacht“ (Andreas Weigelt), waren zunächst den sowjetischen Fronten zugeordnet und unterstanden nach der Auflösung der Apparate der NKWD-Frontbeauftragten am 4. Juli der Abteilung Speziallager des NKWD bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland (GSBSD).<sup>17</sup> Zunächst existierten in Brandenburg Lager in Ketschendorf bei Fürstenwalde (ab Ende April 1945), Frankfurt (Oder) (ab Mai 1945) und Weesow (ebenfalls ab Mai 1945). Während das Lager aus Weesow im August 1945 nach Sachsenhausen und das aus Frankfurt im September 1945 nach Jamlitz verlegt wurden, bestand Ketschendorf bis 1947; hinzu kam ab September 1945 das Lager Mühlberg an der Elbe.<sup>18</sup>

In diese Lager wurden nicht nur der Besatzungsmacht gefährlich erscheinende Deutsche eingewiesen, sondern auch von den Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte. Diese Militärgerichte, vornehmlich für Angehörige der sowjetischen Streitkräfte zuständig, ver-

14 Vgl. die Tagebuchauszüge vom 23., 24., 26., 30. April, in: Peter Böthig/Peter Walther (Hrsg.), *Die Russen sind da. Kriegsalltag und Neubeginn 1945 in Tagebüchern aus Brandenburg*, 2. durchges. Aufl., Berlin 2011, S. 82, 89, 95, 119. Für Vergewaltigungen und Plünderungen vgl. die Einträge vom 23., 25., 26., 30. April, 1. Mai 1945, in: ebd., S. 81, 91, 94, 109, 113 f. In einem Tagebuchauszug vom 3. Mai 1945, in: ebd., S. 121 f., wird davon berichtet, dass „Kommissare“ die Gräueltaten „streng gerügt“ hätten.

15 Tagebuchauszug vom 10. Mai 1945, in: ebd., S. 154.

16 Vgl. den Beitrag von Matthias Helle in diesem Band, S. 61–63.

17 Vgl. Galina A. Kusnezowa, *Abteilung Sonderlager des Ministeriums des Innern der UdSSR in Deutschland*, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*, München 2009, S. 85–90, hier S. 85.

18 Vgl. den Beitrag von Andreas Weigelt in diesem Band, S. 254–257, 265–274.

urteilten ebenfalls Deutsche, nicht nur auf der Grundlage von Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrats, sondern auch nach Artikel 58 des russischen Strafgesetzbuches, der weitgefassete Straftatbestände wie konterrevolutionäre Handlungen, Spionage sowie antisowjetische Propaganda und Agitation enthielt. Voruntersuchung und Rechtsprechung der SMT waren durch Willkür, Brutalität und das Fehlen rechtsstaatlicher Verfahrensregeln gekennzeichnet. Die SMT waren zunächst bei den einzelnen Truppenteilen angesiedelt; spätestens seit Anfang 1946 bestand in jedem der Länder und Provinzen der SBZ ein zentrales Militärtribunal. Mit Bildung eines Militärtribunals der SMAD am 5. September 1946 wurden die fünf Landes- und die fünf Garnisons-SMT dieser zentralen Einrichtung unterstellt.<sup>19</sup> In Brandenburg verurteilte das Landes-SMT nicht nur zahlreiche Zivilisten nach Artikel 58, sondern führte auch Groß-Prozesse wegen NS-Verbrechen durch: Erwähnt seien der Sachsenhausen-Prozess sowie die Verfahren gegen Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück und gegen Angehörige des Polizeibataillons 9. Bis zur Abschaffung der Todesstrafe in der Sowjetunion 1947 wurden in Brandenburg insgesamt 152 Todesurteile bei SMT-Verurteilten vollstreckt. Die Gesamtzahl der SMT-Verurteilten in Brandenburg ist nicht bekannt.<sup>20</sup>

In den Speziallagern herrschten grauenhafte Bedingungen, sodass aufgrund der völlig unzureichenden Ernährung und der katastrophalen hygienischen Zustände von den insgesamt 154 000 internierten Deutschen 43 645 starben. Das war, im Unterschied zu den Konzentrationslagern der NS-Zeit und den Lagern im sowjetischen Gulag, weder auf eine gezielte Vernichtungsabsicht noch auf exzessive Arbeitseinsätze zurückzuführen – quälerisches Nichtstun beherrschte vielmehr den Lageralltag. Die zahlreichen Todesfälle gingen zwar nicht auf eine Tötungsabsicht zurück, wurden aber von den Verantwortlichen in Kauf genommen.<sup>21</sup>

Dass die Sowjetunion mit der Besetzung auch mit der Demontage von Industriebetrieben begann, war vor dem Hintergrund der massiven Kriegszerstörungen in der Sowjetunion verständlich, belastete aber zusätzlich die Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten – nicht nur in Brandenburg. Verantwortlich dafür waren zunächst besondere Kommissionen und ‚Trophäentruppen‘ bei den sowjetischen Armeefronten. Ab April 1945 bestimmten Abordnungen sowjetischer Ministerien, welche Betriebe in der SBZ demontiert und in der Sowjetunion wiederaufgebaut werden sollten. Nachdem auf der Potsdamer Konferenz eine Einigung über die Reparationsfrage ausgeblieben war, setzten im August die umfassendsten Demontagen in der SBZ ein, da die Sowjetunion ihre Reparationsansprüche ausschließlich aus der eigenen Zone befriedigen musste. Das betraf in Brandenburg vor allem die Schwerin-

19 Jan Foitzik, Anhang II: Militärstaatsanwaltschaft und Militärtribunal der SMAD, in: Möller/Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch, S. 599–606, hier S. 600 f.

20 Zur Tätigkeit der SMT in Brandenburg vgl. Dieter Pohl, Justiz in Brandenburg. Gleichschaltung und Anpassung (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 50), München 2001, S. 89–94 und den Beitrag von Andreas Weigelt in diesem Band, S. 277–291.

21 Vgl. Alexander von Plato, Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland. Einführung, in: Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1: Studien und Berichte, Berlin 1998, S. 19–75.

dustrie, insbesondere die Stahlwerke in Brandenburg an der Havel sowie den Lokomotivbau in Hennigsdorf, Wildau und Babelsberg.<sup>22</sup> Dadurch wurde ein anderes Ziel der Besatzungsmacht, die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Produktion, jedoch wesentlich beeinträchtigt. Die betroffenen Arbeiter konnten durch die Demontagen zwar beschäftigt werden, diese Art der Beschäftigung untergrub jedoch – genauso wie das unzureichende Essen – die Arbeitsmoral.<sup>23</sup>

Nicht nur die Organisation von Demontagen setzte eine halbwegs funktionstüchtige Verwaltung voraus. Unmittelbar nach dem Einmarsch wurden mit den von den Divisionskommandeuren der Fronttruppen gebildeten und diesen unterstellten Militärkommandanturen die dafür zentralen Einrichtungen in den brandenburgischen Ortschaften geschaffen. Erst ab Juli 1945 wurden sie in die Besatzungsstrukturen der Länder und der SBZ eingefügt. Zu dieser Zeit bestanden sechs Stadt-, 22 Kreis- und 126 Abschnittskommandos in Brandenburg.<sup>24</sup> Die Kommandanten griffen beim Einsatz von Bürgermeistern, Ortsvorstehern und Verwaltungspersonal auf ‚Antifaschisten‘ oder unbelastete Personen zurück, was einen grundsätzlichen Bruch mit der Vergangenheit bedeutete. Auch die ‚Gruppe Ulbricht‘, eine Einsatzgruppe ausgewählter Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus dem sowjetischen Exil, die einen neuen Verwaltungsapparat in Berlin und Brandenburg aufbauen sollte, nahm in diesem Prozess erheblichen Einfluss. Die mancherorts im ‚Interregnum‘ zwischen Zusammenbruch und sowjetischer Besetzung ‚von unten‘ gebildeten Antifa-Ausschüsse wurden bis Juni 1945 beseitigt oder ins Abseits gedrängt.<sup>25</sup> Dabei konnte von Autonomie bei Bürgermeistern und Gemeindeverwaltungen keine Rede sein: Sie waren im Wesentlichen ausführende Organe der jeweiligen sowjetischen Kommandantur.

Wenngleich das auch für das Verhältnis der Provinzialverwaltung und der Sowjetischen Militäradministration in Brandenburg (SMAB) galt, wurde die Vorauswahl der Verwaltungsspitze in Brandenburg von deutschen Kommunisten vorgenommen. Die entscheidende Persönlichkeit dabei war der ehemalige Wehrmachtsmajor Bernhard Bechler, der in sowjetischer Kriegsgefangenschaft das Nationalkomitee Freies Deutschland mitgegründet hatte und als Frontbeauftragter mit der 2. Belorussischen Front mit nach Westen marschiert war. In Absprache mit der Gruppe Ulbricht schlug er das Personal der ersten Provinzialverwaltung Brandenburgs vor. Mit Carl Steinhoff fiel die Wahl auf einen anpassungsbereiten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) angehörigen Verwaltungsbeamten aus der Weimarer Zeit; das Amt des ersten Vizepräsidenten mit Verantwortung für Inneres, Justiz

22 Vgl. den Beitrag von Matthias Helle in diesem Band, S. 85 f., und Wolfgang Ribbe, *Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952)*, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 677–726, hier S. 711.

23 Vgl. die Beiträge von Sven Schultze und Arnd Bauerkämper in diesem Band, S. 381 und S. 520 f.

24 Klaus Geßner/Wladimir W. Sacharow (Bearb.), *Inventar der Offenen Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Brandenburg*. Nach der Überlieferung im Staatsarchiv der Russischen Föderation (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 11), Frankfurt am Main u. a. 2002, S. 147. Eine Aufstellung der brandenburgischen Kommandanturen und Kommandanten zwischen 1945 und 1947 in: Foitzik (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen*, S. 266–276.

25 Vgl. den Beitrag von Matthias Helle in diesem Band, S. 82.

und Polizei besetzte Bechler selbst; der zweite, für Land- und Forstwirtschaft zuständige Vizepräsident wurde kurzzeitig Edwin Hoernle (KPD), bevor er durch Heinrich Rau (ebenfalls KPD) ersetzt wurde. Der dritte Vizepräsident, der die Abteilungen für Volkswirtschaft sowie für Arbeit und Sozialwesen leitete, wurde Fritz Rücker (SPD), und der ‚bürgerlich‘ gesinnte, parteilose Georg Remak erhielt als vierter Vizepräsident die Verantwortung für Finanzen und Gesundheit. Die Aufteilung und Besetzung der Ressorts zeigen, dass, wie überall in der SBZ, alles vermieden werden sollte, was nach einer kommunistischen Machtübernahme aussah; die für den Machterhalt zentralen Zuständigkeiten für die Polizei und die Personalpolitik waren hingegen bei einer in jeder Hinsicht zuverlässigen Person angesiedelt.<sup>26</sup>

An der Spitze der deutschen Verwaltung erfolgte damit ein tiefer Bruch mit der Vergangenheit; bei den zahlreichen Mitarbeitern der Provinzialverwaltung herrschte hingegen weitgehend Kontinuität. Wenngleich ehemalige Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) nicht beschäftigt werden sollten, musste zunächst auf sie zurückgegriffen werden – auch auf solche des alten Regierungsbezirks Potsdam –, um die Verwaltung auf dieser Ebene wieder in Gang zu setzen. Als weiteres Problem kam hinzu, dass in Potsdam, das vor 1945 lediglich Sitz eines Regierungspräsidiums gewesen war, keine zentrale Administration mit eigenen Gebäuden bestand, sodass auch in dieser Hinsicht zunächst improvisiert werden musste. Da die gesamte SBZ militärischer Verwaltung unterstand, konnte auch die brandenburgische Provinzialverwaltung nur in deren Auftrag tätig werden. Die SMAD bestätigte Anfang Juli deren Zusammensetzung<sup>27</sup>, und sie nahm nach dem 9. Juli ihre Geschäfte auf. Wenngleich die Besatzungsmacht mit Erlass des Befehls Nr. 110 vom 22. Oktober den Provinzial- und Landesverwaltungen das Recht einräumte, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, und damit bestätigte, dass sie das Schwergewicht der Verwaltung auf die Regionen legen wollte,<sup>28</sup> änderte dies nichts daran, dass nicht die Provinzialverwaltung, sondern die SMAD der entscheidende Herrschaftsträger in Brandenburg war. Da die SMAD im Juli in Berlin Zentralverwaltungen für die gesamte SBZ eingesetzt hatte, ohne deren Verhältnis zu den Landesverwaltungen zu klären, kam es zu zahlreichen Kompetenzkonflikten, die nach der Bildung von demokratisch legitimierten Landesregierungen infolge der Landtagswahlen von 1946 noch verstärkt wurden.

Eine administrative Besonderheit Brandenburgs war die Bildung von vier Oberlandratsämtern als Mittelinstanz zwischen der Provinzial- und den Kreis- beziehungsweise Stadtverwaltungen. Auf Anregung der Provinzialverwaltung wurden diese Oberlandratsämter auf Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 13 vom 25. Juli und des SMAB-Befehls Nr. 4 vom 2. August in Bernau,

26 Vgl. den Beitrag von Michael C. Bienert in diesem Band, S. 144–148. Zu Steinhoff Lutz Maeke, Carl Steinhoff. Erster DDR-Innenminister. Wandlungen eines bürgerlichen Sozialisten (Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945, Bd. 5), Göttingen 2020, hier vor allem S. 115–149.

27 Mitteilung über die Bestätigung der Provinzialverwaltung Brandenburg und der Landesverwaltung Mecklenburg und Sachsen, 4. Juli 1945, in: Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR (Hrsg.), Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1968, S. 82 f.

28 Abgedr. in: ebd., S. 183 f.

